

Pressemitteilung der Wissenschaftsplattform Klimaschutz

Berlin, 23. März 2026

Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS) veröffentlicht Politikpapier zu „Klimaanpassung im föderalen System – Planung, Koordination, Finanzierung“

„Klimaanpassung im föderalen System – Planung, Koordination, Finanzierung“ ist der Titel des Politikpapiers, welches die WPKS heute [veröffentlicht](#) und im Rahmen eines Webinars vorgestellt hat.

„Der anthropogene Klimawandel schreitet weiter voran und seine Auswirkungen auf Menschen, Ökosysteme und Infrastruktur sind auch in Deutschland bereits vielerorts sicht- und spürbar“, so Prof. Dr. Karen Pittel, Mitglied des Lenkungskreises der WPKS. Vor diesem Hintergrund reiche es nicht mehr aus, sich ausschließlich auf die Reduktion von Emissionen zu konzentrieren, wenngleich diese natürlich weiterhin zentral bleiben müsse. Notwendig sei auch, Maßnahmen und Strategien für den Umgang mit bereits unvermeidbaren klimatischen Veränderungen und den daraus entstehenden zukünftigen Klimarisiken zu entwickeln. Dr. Sonja Baron vom BMFTR ergänzt: „Die Folgen des Klimawandels betreffen längst unseren Alltag. Deshalb ist Anpassung an den Klimawandel mehr als nur Vorsorge. Sie bedeutet aktives Risikomanagement und stärkt die Resilienz und Sicherheit unserer Gesellschaft insgesamt. Wenn wir heute in widerstandsfähige Strukturen investieren, schützen wir Menschen, Wirtschaft und Infrastruktur auch für die Zukunft.“ Anpassung sei daher eine von drei essentiellen Säulen der Klimapolitik neben Klimaschutz, also Emissionsvermeidung, und CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre.

In ihrem Politikpapier (abrufbar ab sofort) und Gutachten (abrufbar ab dem 27.03.2026) formuliert die WPKS insgesamt 18 Handlungs- und Forschungsempfehlungen zur Klimaanpassung im föderalen System mit Fokus auf Planung, Koordination und Finanzierung sowie zur Verknüpfung von Klimaanpassung und CO₂-Entnahme.

Planung und Koordination von Klimaanpassung

Klimaanpassung ist nicht nur eine politische Aufgabe, sondern ergibt sich auch aus grundrechtlichen Schutzpflichten des Staates. Zwar verfügen staatliche Stellen über einen breiten Handlungsspielraum, ihre Maßnahmen dürfen jedoch nicht unzureichend sein. Das Klimaanpassungsgesetz (KAnG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen zur Erstellung von Klimarisikoanalysen, Anpassungsstrategien und -konzepten, bleibt in zentralen Fragen der Anpassungsplanung aber vage. Gleiches gilt für die auf Bundesebene erstellte Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) 2024. Die WPKS sieht Verbesserungspotenzial in den Strategien und Planungen, insbesondere bei der Verständigung auf eine Temperaturentwicklung, die den Anpassungsplanungen zugrunde gelegt werden sollen, und bei der Präzisierung des Niveaus der Risikovorsorge, das durch Klimaanpassung angestrebt wird. Die WPKS empfiehlt, sowohl Anpassungsplanungen bundesweit an gleichen Annahmen zur Temperaturentwicklung auszurichten und Leitlinien und Ziele der Anpassungsplanungen zu konkretisieren.

Finanzierung und Finanzierungsinstrumente

Die Finanzierung der Klimaanpassung wird in KAnG und DAS bisher weitgehend ausgeblendet – trotz erheblicher Finanzierungsbedarfe. Die WPKS fordert, Klimaanpassung verlässlich und mit möglichst geringen administrativen Hürden zu finanzieren. Zusätzliche Finanzmittel wie bisher im Wesentlichen über Förderprogramme bereitzustellen, erfüllt diese Anforderungen nicht. Planungssicherheit und Zugänglichkeit könnten aber durch neue Förderkonzepte erhöht werden.

Aus Sicht der WPKS kann das Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung von Ländern und Kommunen und bundeseinheitlicher Steuerung am besten durch Kombination verschiedener Finanzierungsinstrumente adressiert werden. Ein solcher Instrumentenmix kann auch eine mögliche Alternative zu einer neuen Gemeinschaftsaufgabe darstellen. Die Wahl der Instrumente kann allerdings nicht allein wissenschaftsbasiert erfolgen, sondern erfordert inhärent politische Entscheidungen.

Das Finanzpaket 2025 stellt aus Sicht der WPKS keine verlässliche und langfristige Finanzierung für Klimaanpassung sicher. Sollte die Finanzierung aus vorhandenen Haushaltsmitteln nicht möglich sein, müssen neue Finanzierungsquellen eröffnet werden. Auch eine Erweiterung der Ausnahmen zur Schuldenbremse für Klimaanpassungsinvestitionen wäre hier zu prüfen.

Die WPKS weist auf eine Reihe offener Forschungsfragen hin. Diese umfassen beispielsweise die Entwicklung einheitlicher und mit geringem administrativem Aufwand umsetzbarer Indikatoren für Anpassungsbedarfe und Wirksamkeitsanalysen sowie Ansätze zur Schaffung konsistenter Finanzierungsanreize durch Abstimmung von Anpassungsfinanzierung und Hilfsprogrammen für Klimaschäden.

Verknüpfung von Klimaanpassung und CO₂-Entnahme

Die WPKS rückt mit der gemeinsamen Betrachtung von Klimaanpassung und CO₂-Entnahme (Carbon Dioxide Removal, kurz CDR) ein bislang kaum diskutiertes Thema in den Fokus. Klimaanpassung federt durch den Klimawandel verursachte Schäden ab, während CDR den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre mindert, um globale Temperaturen auch langfristig zu senken. Je nach Methode und lokalem Kontext können CDR-Maßnahmen die Klimaanpassung unterstützen oder ihr entgegenwirken.

Die WPKS betont großen Forschungsbedarf zu Wechselwirkungen zwischen Anpassung und CDR. Sie schlägt erste Ansätze vor, politische Steuerungs- und Regulierungsprozesse so zu gestalten, dass Synergien gefördert und Zielkonflikte zwischen Anpassung und CDR berücksichtigt werden. Dabei sollten Qualität und Nebeneffekte von Entnahmen durch robuste Überwachung, Berichterstattung und Verifizierung kontrolliert werden.

Das **Politikpapier „Klimaanpassung im föderalen System – Planung, Koordination, Finanzierung“** mit den Kernaussagen, Handlungs- und Forschungsempfehlungen und das zugrundeliegende **Gutachten** (ab dem 27.03.2026) können über die [Webseite der WPKS](#) abgerufen werden.

Die **Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS)** ist ein unabhängiges Gremium, das sich aus Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 und zur Klimaneutralität bis 2045 wissenschaftlich zu begleiten. Dafür erarbeitet die WPKS Forschungs- und Politikempfehlungen für wirksamen Klimaschutz und entwickelt Vorschläge für vorausschauende Reaktionen auf den fortschreitenden Klimawandel. Finanziert wird die WPKS mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR).

Mitglieder des Lenkungskreises der WPKS sind **Prof. Dr. Karen Pittel**, Leiterin des Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München, **Prof. Dr. Sabine Schlacke**, geschäftsführende Direktorin des Instituts für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS) sowie Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Verwaltungs- und Umweltrecht an der Universität Greifswald und Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen, **Prof. Dr. Ottmar Edenhofer**, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Professor für die Ökonomie des Klimawandels an der Technischen Universität Berlin, sowie **Prof. Dr.-Ing. Holger Hanselka**, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft.

Kontakt für weitere Informationen:

Projektkoordination der Wissenschaftsplattform Klimaschutz

Tel: +49 331 288 2519

E-Mail: wpks@pik-potsdam.de

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V.

Telegraphenberg A 31

Postfach 60 12 03

D-14412 Potsdam

www.pik-potsdam.de